

**Zweite Fortschreibung des
Haushaltssicherungskonzeptes
der Gemeinde Bestwig
(2017)**



für die Haushaltsjahre 2015 – 2025

Zweite Fortschreibung (2017) des Haushaltssicherungskonzeptes der Gemeinde Bestwig für die Jahre 2015 bis 2025

1. Allgemeines und Rechtsgrundlagen

Die Gemeinde Bestwig muss nach § 76 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) seit dem Haushaltsjahr 2015 ein Haushaltssicherungskonzept aufstellen. Das im Rahmen der Haushaltssatzung 2015 und Anlagen beschlossene und von der Aufsichtsbehörde genehmigte Haushaltssicherungskonzept umfasst den Zeitraum von 2015 bis 2025. Die Erste Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes erfolgte mit den Beschlussfassungen zum Haushalt 2016.

Nach den aktuellen Plandaten für das Haushaltsjahr 2017 ff. bleibt das Erfordernis zur Aufstellung eines Haushaltssicherungskonzeptes auf Grund der im Haushaltssicherungskonzept 2015 bis 2025 aufgeführten Rechtsgrundlagen, die weiterhin gültig sind, bestehen. Mit dem Haushalt 2017 erfolgt daher nunmehr die Zweite Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes aus dem Jahr 2015, welches in seinen Ausführungen und Grundlagen auch weiterhin Bestand hat. Eine Übersicht über die bereits umgesetzten und die in Umsetzung befindlichen Maßnahmen ist als Anlage beigefügt.

Die Zweite Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes ist zusammen mit der Haushaltssatzung 2017 und Anlagen der Aufsichtsbehörde zur Genehmigung vorzulegen. Der genehmigte, festgeschriebene Konsolidierungszeitraum bis zum Jahr 2025 bleibt dabei bestehen. Durch die Zweite Fortschreibung kann der Haushaltsausgleich im Jahr 2025 erneut dargestellt werden.

Im Rahmen der Umsetzung und Festlegung der Konsolidierungsmaßnahmen ist stets zu beachten, dass die aktuell gültige Rechtslage, Kommunen, die ihren Haushalt schneller als im max. vorgegebenen Konsolidierungszeitraum (hier bis 2025) ausgleichen können, nicht das Recht einräumt, sofort umsetzbare Maßnahmen über den max. Konsolidierungszeitraum zu strecken. Machbare Konsolidierungsmaßnahmen dürfen auch im Haushaltssicherungskonzept nicht auf zukünftige Jahre verlagert werden.

2. Entwicklung der haushaltswirtschaftlichen Lage

Ergänzend zu der im Haushaltssicherungskonzept 2015 bis 2025 sowie der Ersten Fortschreibung im Einzelnen geschilderten Ausgangslage und den Ursachen der entstandenen Fehlentwicklung, die letztendlich die Aufstellung des Haushaltssicherungskonzeptes notwendig machen, muss im Rahmen der Zweiten Fortschreibung, neben der Finanzplanung für die Jahre 2017 ff., folgende Entwicklung aus den Haushaltsjahren 2014 bis 2016 berücksichtigt werden:

- Für das Haushaltsjahr 2014 wurde ein Jahresüberschuss in Höhe von 83 T€ festgestellt. Dieser Betrag konnte der Ausgleichsrücklage zugeführt werden.

Gegenüber dem fortgeschriebenen Haushaltsansatz konnte das Jahresergebnis um 1.221 T€ verbessert werden.

Die wesentlichen Gründe für die Verbesserung lagen in deutlichen Zuwächsen bei der Gewerbesteuer und bei zusätzlichen Leistungen nach dem Einheitslastenabrechnungsgesetz. Diese gegenüber der Haushaltsplanung verbesserte Ertragslage führt jedoch zu einer deutlichen Erhöhung der Steuerkraft der Gemeinde Bestwig, die u.a. bei der Berechnung der Schlüsselzuweisungen 2016 (Referenzzeitraum 07/2014 bis 06/2015) zu einer Reduzierung der Landeszuweisung und darüber hinaus zu Mehrzahlungen bei der Kreis- und Jugendamtsumlage führt.

- Das Haushaltsjahr 2015 wurde in der Ergebnisrechnung mit einem Jahresfehlbetrag in Höhe von -524.480,47 € abgeschlossen. Im Vergleich zum fortgeschriebenen Ansatz in Höhe von -1.432.453,96 € ergab sich insgesamt eine Ergebnisverbesserung von 907.973,49 €.
Diese Ergebnisverbesserung resultierte insbesondere aus deutlich gestiegenen Gewerbesteuererträgen im Jahr 2015 in Folge der positiven konjunkturellen Entwicklung aber auch durch Gewerbesteuererträge, die auf Einmaleffekte aus den Jahren 2014 und 2015 zurückzuführen waren.

Eine zunächst im Rahmen des Finanzzwischenberichtes für das Haushaltsjahr 2015 erhoffte noch deutlichere Ergebnisverbesserung war nicht realisierbar, da die Bildung einer Rückstellung für mögliche Gewerbesteuerrückzahlungen erforderlich wurde.

Der positive Effekt durch die höheren Gewerbesteuererträge im Haushaltsjahr 2015 führte zu einer deutlichen Reduzierung der Schlüsselzuweisungen nach dem GFG 2016.

- Erhebliche Planungsunsicherheiten für das Haushaltsjahr 2016 bestanden aufgrund der Flüchtlingssituation, der ungeklärten Höhe der Flüchtlings-erstattungen durch den Bund und das Land und des damit im Vorfeld nicht genau zu beziffernden Zuschussbedarfs für die Gewährung von einmaligen und laufenden Leistungen, Krankenhilfe sowie von Unterkunftskosten für Asylbewerber und Flüchtlinge.
- Für das Haushaltsjahr 2016 weist der fortgeschriebene Ansatz einen Fehlbetrag in Höhe von 2.198.325 € aus. Nach den Angaben im Finanzzwischenbericht (Rat 05.10.2016) ist eine Reduzierung dieses Fehlbetrages nicht zu erreichen.

In den vergangenen Jahren kam es durch verschiedenste Faktoren und Änderungen der Rahmenbedingungen immer wieder dazu, dass das Ergebnis des Jahresabschlusses deutlich besser ausfiel, als zunächst geplant. Dies wird nach derzeitigen Erkenntnissen für das Haushaltsjahr 2016 nicht zutreffen und macht die realistische Finanzlage der Gemeinde Bestwig deutlich. Auf Grund der Haushaltsplanung stehen keine „Finanzreserven“ zum Ausgleich unvorhersehbarer Ereignisse zur Verfügung. Jede Ertrags-/Einnahmever schlechterung bzw. jede zusätzliche Aufwendung /Ausgabe hat unmittelbar Einfluss auf die Ergebnisrechnung des Haushaltsjahres und erhöht den Fehlbetrag.

- Vor dem Hintergrund dieser Entwicklung ist die Planung für die Haushaltsjahre 2017 ff. anzupassen. Insbesondere die Erträge aus der Gewerbesteuer müssen deutlich reduziert veranschlagt werden. Weitere Steigerungen der Kreis- und Jugendamtsumlage ab 2017 führen zusätzlich zu erheblichen Mehraufwendungen.

Im Ergebnis führt dies dazu, dass sich nach den Planungen für das Jahr 2017 wieder ein sehr hoher Fehlbetrag in Höhe von 1,56 Mio. € ergibt.

Auch für die Folgejahre ergeben sich in der Ergebnisrechnung massive Fehlbeträge, die deutlich die nur begrenzt zur Verfügung stehende Allgemeine Rücklage (Eigenkapital) reduzieren.

Es reicht nicht aus, im Rahmen des Haushaltssicherungskonzeptes über den 10-Jahres-Konsolidierungszeitraum wieder eine ausgeglichene Ergebnisrechnung im Haushaltsjahr 2025 vorzuweisen. Es muss auch gelingen, Fehlbeträge in den Haushaltsjahren soweit wie möglich zu reduzieren, um den massiven Eigenkapitalverzehr entgegen zu wirken sowie Liquiditätskredite zu minimieren bzw. zurück zu führen. Hier sind Verwaltung und Politik gefordert, weitere, auch unpopuläre Entscheidungen, zur Verbesserung der Finanzsituation der Gemeinde Bestwig zu treffen.

- Mit dieser Zweiten Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes der Gemeinde Bestwig werden im Rahmen der 10-Jahresplanung gem. § 76 Abs. 2 GO NRW die Wachstumsraten neu berechnet, aber zum Teil auch, wie in den Vorjahren, unter Berücksichtigung der örtlichen Verhältnisse festgelegt sowie darüber hinaus die Orientierungsdaten angewandt. Nähere Angaben hierzu ergeben sich aus den Anlagen 1 und 2.

Allen Entscheidungsträgern ist dabei bewusst, dass die bisher im Haushaltssicherungskonzept 2015 – 2025 und den Fortschreibungen getroffenen Annahmen und die sich ständig ändernden Rahmenbedingungen dazu führen können, dass insbesondere in den Folgejahren Konsolidierungsschritte nochmals (deutlich) angepasst werden müssen.

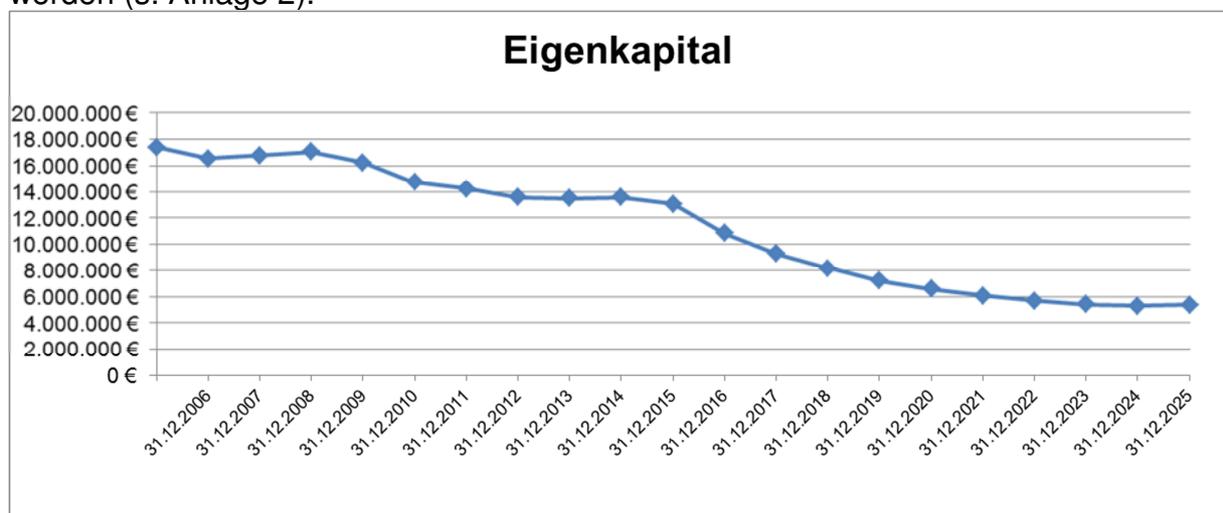
3. Entwicklung des Eigenkapitals

Entwicklung Eigenkapital von 2006 bis 2025

Stand am:	Jahresüberschuss / -fehlbetrag (-bedarf)	Eigenkapital	Veränd. in %
		17.427.452 €	
31.12.2006	-863.756 €	16.563.696 €	-5,0
31.12.2007	213.287 €	16.776.983 €	1,3
31.12.2008	294.294 €	17.071.277 €	1,8
31.12.2009	-836.243 €	16.235.034 €	-4,9
31.12.2010	-1.519.721 €	14.715.313 €	-9,4
31.12.2011	-504.007 €	14.211.306 €	-3,4
31.12.2012	-651.278 €	13.560.028 €	-4,6
31.12.2013	-78.826 €	13.481.202 €	-0,6
31.12.2014	83.043 €	13.565.498 €	0,6
31.12.2015	-524.480 €	13.041.017 €	-3,9
31.12.2016	-2.198.326 €	10.842.691 €	-16,9
31.12.2017	-1.564.066 €	9.278.625 €	-14,4
31.12.2018	-1.107.232 €	8.171.393 €	-11,9
31.12.2019	-986.393 €	7.185.000 €	-12,1
31.12.2020	-614.421 €	6.570.579 €	-8,6
31.12.2021	-512.072 €	6.058.507 €	-7,8
31.12.2022	-405.439 €	5.653.068 €	-6,7
31.12.2023	-257.365 €	5.395.703 €	-4,6
31.12.2024	-104.401 €	5.291.302 €	-1,9
31.12.2025	53.580 €	5.344.882 €	1,0

2016: Prognose gem. Finanzzwischenbericht Rat am 05.10.2016

Nach der Zweiten Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes der Gemeinde Bestwig (2017) kann der Haushaltsausgleich weiterhin im Jahr 2025 dargestellt werden (s. Anlage 2).



4. Beurteilung der wirtschaftlichen Lage anhand von Kennzahlen

NKF-Kennzahlenset NRW gemäß Runderlass des Innenministeriums vom 1.10.2008

Kennzahlenset Nordrhein-Westfalen für die Gemeinde Bestwig

Hauswirtschaftliche Gesamtsituation	Ergebnis 2010	Ergebnis 2011	Ergebnis 2012	Ergebnis 2013	Ergebnis 2014	Ergebnis 2015	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019	Plan 2020
1. Aufwandsdeckungsgrad	94,1	99,8	98,6	102,0	102,4	95,0	91,3	94,4	96,6	97,1	98,8
2. Eigenkapitalquote 1	25,5	25,1	23,9	23,9	23,5	23,5	23,5	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.
3. Eigenkapitalquote 2	56,6	55,6	54,7	54,7	55,7	55,7	55,5	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.
4. Fehlbetragsquote	9,4	3,4	4,6	0,6	-0,6	10,1	15,7	12,0	10,2	10,6	7,5
Kennzahlen zur Vermögenslage	Ergebnis	Ergebnis	Ergebnis	Ergebnis	Ergebnis	Ergebnis	Plan	Plan	Plan	Plan	Plan
5. Infrastrukturquote	33,4	34,0	34,0	34,0	32,1	32,1	33,0	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.
6. Abschreibungsintensität	9,7	10,8	10,7	10,9	11,1	11,0	9,8	9,9	10,2	10,5	9,8
7. Drittfinanzierungsquote	71,5	73,0	75,3	74,1	69,6	69,6	71,3	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.
8. Investitionsquote	111,7	59,8	78,7	77,7	79,0	80,4	53,0	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.
Kennzahlen zur Finanzlage	Ergebnis	Ergebnis	Ergebnis	Ergebnis	Ergebnis	Ergebnis	Plan	Plan	Plan	Plan	Plan
9. Anlagendeckungsgrad 2	217,1	86,5	86,5	86,5	90,4	90,4	88,8	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.
10. Dynamischer Verschuldungsgrad	-46,6	-26,7	21,8	28,9	20,3	-26,2	-14,7	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.
11. Liquidität 2. Grades	42,9	42,1	48,3	48,3	110,6	110,6	114,8	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.
12. Kurzfristige Verbindlichkeitsquote	7,6	8,3	9,4	9,4	6,4	6,4	4,3	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.
13. Zinslastquote	2,4	2,8	2,7	2,5	2,3	2,7	2,4	2,2	2,1	2,0	1,9
Kennzahlen zur Ertragslage	Ergebnis	Ergebnis	Ergebnis	Ergebnis	Ergebnis	Ergebnis	Plan	Plan	Plan	Plan	Plan
14. Netto-Steuerquote / allg. Umlagequote	52,1	58,0	62,1	61,3	65,2	64,9	65,5	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.
15. Zuwendungsquote	20,7	20,5	14,7	12,3	12,5	13,0	8,7	22,6	23,6	23,5	22,7
16. Personalintensität (1)	17,3	20,2	18,5	17,6	19,5	18,1	16,8	16,5	16,6	16,5	17,0
17. Sach- und Dienstleistungsintensität	26,3	19,1	19,7	17,7	17,2	18,2	17,0	16,9	15,6	15,9	15,5
18. Transferaufwandsquote	39,8	38,8	41,3	41,7	44,3	45,3	48,3	49,2	50,4	49,9	50,5

Das NKF-Kennzahlenset wurde ab 2010 geändert. Daher können keine Angaben zu den vorherigen Jahren gemacht werden.

Die Schlussbilanzwerte des Vorjahres wurden zur Berechnung herangezogen (siehe NKF-Kennzahlenset als Anlage zum Vorbericht).

Kennzahlen zur haushaltswirtschaftlichen Gesamtsituation

(1.) Aufwandsdeckungsgrad (ADG) = $\text{Ordentliche Erträge} \times 100 / \text{Ordentliche Aufwendungen}$

Diese Kennzahl zeigt an, zu welchem Anteil die ordentlichen Aufwendungen durch ordentliche Erträge gedeckt werden können. Ein finanzielles Gleichgewicht kann nur durch eine vollständige Deckung erreicht werden. Ist diese Zahl ≥ 100 , so ist die Kommune in der Lage, die laufende Verwaltung sicherzustellen.

(2.) Eigenkapitalquote 1 (EkQ1) = $\text{Eigenkapital} \times 100 / \text{Bilanzsumme}$

Die Kennzahl „Eigenkapitalquote 1“ misst den Anteil des Eigenkapitals am gesamten bilanzierten Kapital. Die Kennzahl kann bei einer Gemeinde ein wichtiger Bonitätsindikator sein.

(3.) Eigenkapitalquote 2 (EkQ2) = $(\text{Eigenkapital} + \text{Sonderposten (Sopo) Zuwendungen und Beiträge}) \times 100 / \text{Bilanzsumme}$

Diese Kennzahl misst den Anteil des „wirtschaftlichen Eigenkapitals“ am gesamten bilanzierten Kapital. Sie berücksichtigt auch die „langfristigen“ Sonderposten, die in der gemeindlichen Bilanz durch ihren Eigenkapitalcharakter einen wesentlichen Ansatz darstellen.

(4.) Fehlbetragsquote (FbQ) = $\text{Negatives Jahresergebnis} \times (-100) / (\text{Ausgleichsrücklage} + \text{allgemeine Rücklage})$

Diese Kennzahl gibt Auskunft über den durch einen Fehlbetrag in Anspruch genommenen Eigenkapitalanteil. Bei einem Jahresüberschuss ist diese Quote negativ und somit ohne Aussagekraft.

Kennzahlen zur Vermögenslage

(5.) Infrastrukturquote (IsQ) = $\text{Infrastrukturvermögen} \times 100 / \text{Bilanzsumme}$

Eine Infrastrukturquote von 33,0 % im Jahr 2016 bedeutet, dass rd. ein Drittel des Gesamtvermögens langfristig in der Infrastruktur gebunden ist. Positiv betrachtet bedeutet eine hohe IsQ einen hohen Standard bzgl. der Versorgung der Bevölkerung mit Infrastruktur. Allerdings hat sie auch entsprechende Unterhaltungs- bzw. Instandhaltungsaufwendungen sowie hohe Abschreibungen zur Folge, die die Aufwandsseite und somit das Eigenkapital belasten. Auch ist zu berücksichtigen, dass die IsQ nur langfristig beeinflussbar ist, da das Infrastrukturvermögen nicht oder nur sehr schwierig verkauft werden kann.

(6.) Abschreibungsintensität (Abl) = $\text{Bilanzielle Abschreibungen auf Anlagevermögen} \times 100 / \text{Ordentliche Aufwendungen}$

Diese Kennzahl zeigt an, in welchem Umfang die Gemeinde durch die Abnutzung des Anlagevermögens belastet wird. Sie verdeutlicht, welchen Anteil an den gesamten ordentlichen Aufwendungen allein die bilanziellen Abschreibungen auf das Anlagevermögen ausmachen. Da es sich bei bilanziellen Abschreibungen um größtenteils fixe Aufwendungen handelt, kann die Kommune sie kaum abbauen. Eine Abschreibungsquote von 9,9 % im Jahr 2017 gibt folglich einen Hinweis darauf, dass mindestens 9,9 % der gesamten ordentlichen Aufwendungen nur geringfügig beeinflussbar sind.

(7.) Drittfinanzierungsquote = $\text{Erträge aus der Auflösung von Sonderposten} \times 100 / \text{bilanzielle Abschreibungen auf Anlagevermögen}$

Diese Kennzahl gibt Auskunft darüber, inwieweit die Erträge aus der Auflösung von Sonderposten die Belastung durch bilanzielle Abschreibungen im Haushaltsjahr abmildern. Eine hohe Drittfinanzierungsquote bedeutet, dass ein Großteil der bilanziellen Abschreibungen durch die Finanzierung von Dritten abgemildert wird. Eine niedrige Quote zeigt eine geringe Finanzierung durch Dritte, die somit eine erhöhte Eigenfinanzierung erforderlich macht.

(8.) Investitionsquote (InQ) = $\text{Bruttoinvestitionen} \times 100 / (\text{Abgänge des Anlagevermögens} + \text{Abschreibungen Anlagevermögen})$

Diese Kennzahl gibt Auskunft darüber, in welchem Umfang dem Substanzverlust durch Abschreibungen und Vermögensabgänge neue Investitionen gegenüberstehen, d.h. inwieweit es gelingt, den Werteverlust durch Investitionen auszugleichen.

Kennzahlen zur Finanzlage

(9.) Anlagendeckungsgrad 2 (AnD2) = $(\text{Eigenkapital} + \text{Sopo Zuwendungen und Beiträge} + \text{langfristiges Fremdkapital}) \times 100 / \text{Anlagevermögen}$

Diese Kennzahl zeigt an, in welchem Umfang die Gemeinde durch die Abnutzung des Anlagevermögens belastet wird. Maßstab für die Stabilität einer Kommune ist es, dass Vermögensgegenstände mit Mitteln finanziert werden sollten, die der Kommune so lange zur Verfügung stehen, wie das Kapital in diesen Gegenständen gebunden ist. Langfristiges Vermögen sollte daher mit langfristigem Kapital finanziert sein. Grundsätzlich sollte angestrebt werden, dass der AnD2 100 % erreicht.

(10.) Dynamischer Verschuldungsgrad (DVvG) = $\text{Effektivverschuldung} / \text{Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit}$

Mit dieser Kennzahl lässt sich die Schuldentilgungsfähigkeit der Gemeinde beurteilen. Sie zeigt an, in welcher Größenordnung freie Finanzmittel aus laufender Geschäftstätigkeit zur Schuldentilgung genutzt werden könnten. Aus dieser Kennzahl lässt sich ablesen, in wie vielen Jahren es einer Kommune unter theoretisch gleichen Bedingungen möglich wäre, die Effektivverschuldung (= FK abzgl. liquide Mittel und kurzfristige Forderungen) aus den zur Verfügung stehenden Finanzmitteln vollständig zu tilgen. Ist der Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit negativ, ist auch die Kennzahl negativ und für eine Auswertung ungeeignet.

(11.) Liquidität 2. Grades (Li2) = $(\text{Liquide Mittel} + \text{kurzfristige Forderungen}) \times 100 / \text{kurzfristige Verbindlichkeiten}$

Diese Kennzahl gibt Auskunft über die „kurzfristige Liquidität“. Sie gibt an, in welchem Umfang die kurzfristigen Verbindlichkeiten zum Bilanzstichtag durch die vorhandenen liquiden Mittel und die kurzfristigen Forderungen gedeckt werden können. Die Aussagekraft dieser Kennzahl ist eher begrenzt, da es sich sowohl bei den kurzfristigen Forderungen als auch bei den kurzfristigen Verbindlichkeiten um stichtagsbezogene Größen handelt.

(12.) Kurzfristige Verbindlichkeitsquote (KVbQ) = $\text{kurzfristige Verbindlichkeiten} \times 100 / \text{Bilanzsumme}$

Sie dient der Beurteilung der Frage, wie hoch die Bilanz durch kurzfristige Verbindlichkeiten belastet wird.

(13.) Zinslastquote = $\text{Finanzaufwendungen} \times 100 / \text{ordentliche Aufwendungen}$

Diese Kennzahl beantwortet die Frage, welche Belastung aus Finanzaufwendungen zusätzlich zu den (ordentlichen) Aufwendungen aus laufender Verwaltungstätigkeit besteht.

Kennzahlen zur Ertragslage

(14.) Netto-Steuerquote (NSQ) = $(\text{Steuererträge} - \text{Gewerbesteuerumlage} - \text{Finanzierungsbeitrag Fonds Dt. Einheit}) \times 100 / (\text{ordentliche Erträge} - \text{Gewerbesteuerumlage} - \text{Finanzierungsbeitrag Fonds Dt. Einheit})$

Die Netto-Steuerquote gibt an, zu welchem Teil sich die Gemeinde „selbst“ finanzieren kann und somit unabhängig von staatlichen Zuwendungen ist.

(15.) Zuwendungsquote (ZwQ) = $\text{Erträge aus Zuwendungen} \times 100 / \text{ordentliche Erträge}$

Diese Kennzahl gibt Auskunft darüber, inwieweit die Gemeinde von Zuwendungen abhängig ist. Eine hohe ZwQ deutet auf eine geringe Finanzkraft hin.

(16.) Personalintensität (PI) = $\text{Personalaufwendungen} \times 100 / \text{ordentliche Aufwendungen}$

Diese Kennzahl stellt den Anteil der Personalaufwendungen an den ordentlichen Aufwendungen dar.

(17.) Sach- und Dienstleistungsintensität (SDI) = $\text{Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen} \times 100 / \text{ordentliche Aufwendungen}$.

Diese Kennzahl lässt erkennen, in welchem Ausmaß eine Gemeinde Leistungen Dritter in Anspruch nimmt.

(18.) Transferaufwandquote (TAQ) = $\text{Transferaufwendungen} \times 100 / \text{ordentliche Aufwendungen}$

Diese Kennzahl stellt einen Bezug zwischen den Transferaufwendungen und den ordentlichen Aufwendungen her.

5. Beurteilung einzelner Steuer- und Finanzdaten der Gemeinde Bestwig

Realsteuern 2016

Kommune	Hebesätze			
	A	B	Gew.-St.	
Arnsberg	249%	523%	459%	
Bestwig	239%	472%	459%	
Brilon	243%	426%	434%	
Eslohe	226%	449%	445%	
Hallenberg	247%	440%	440%	
Marsberg	321%	484%	464%	
Medebach	250%	450%	440%	
Meschede	248%	430%	435%	
Olsberg	304%	486%	460%	
Schmallenberg	414%	213%	414%	
Sundern	304%	472%	450%	zzgl. 25%-Punkte für Winterdienst bei Grundsteuer B
Winterberg	310%	425%	435%	
	280%	439%	445%	Durchschnitt mit Bestwig
	283%	436%	443%	Durchschnitt ohne Bestwig
	272%	497%	434%	Landesdurchschnitt 10. - 25. T EWO (II. Quartal 2016)

Stand: 10.10.2016

Veränderungen der Steuersätze bis 2017

	(2003 -) 2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017
Grundsteuer A	192%	202%	230%	230%	230%	235%	239%	239%
Grundsteuer B	381%	391%	455%	455%	455%	466%	472%	472%
Gewerbsteuer	403%	413%	453%	453%	453%	457%	459%	459%

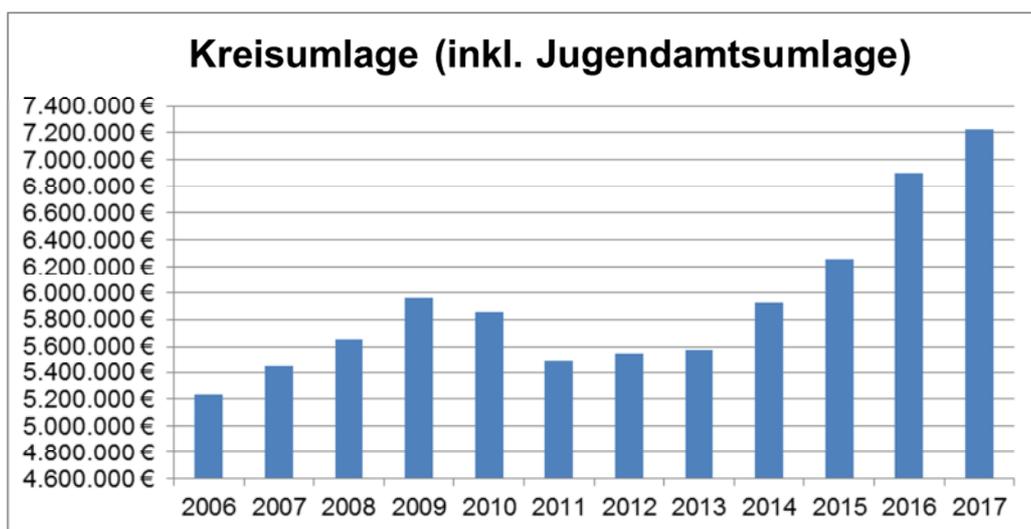
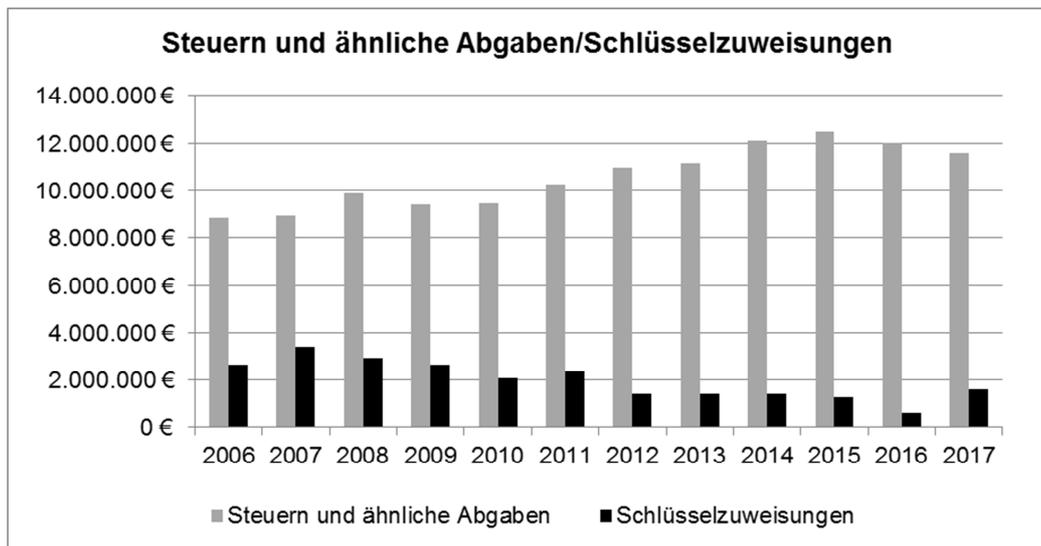
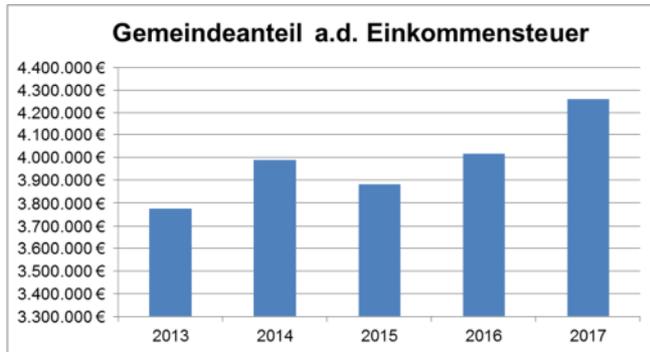
Der Rat der Gemeinde Bestwig hat die Steuersätze der Realsteuern seit 2012 auf den 1,1-fachen Wert der Fiktivhebesätze nach dem GFG angehoben.

Ziel der Erhöhung war seinerzeit, die negativen finanziellen Ergebnisse im Haushalt der Gemeinde Bestwig teilweise auszugleichen und ein Haushaltssicherungskonzept zu vermeiden. Dieses Ziel kann zwischenzeitig durch den 1,1 fachen Wert der Fiktivhebesätze nach dem GFG nicht mehr erreicht werden.

Auch wenn im Rahmen der 10-Jahresplanung nach § 76 Abs. 2 GO NRW für das Haushaltsjahr 2025 der Ausgleich rechnerisch erreicht werden kann, werden weitere Erhöhungen der Hebesätze der Realsteuern zum Ausgleich weiterer negativer finanzieller Belastungen unumgänglich sein.

Deutlich dokumentiert wird dies auch durch die derzeitigen Sparbemühungen der Stärkungspaktkommunen. Ohne deutliche Erhöhungen der Hebesätze der Realsteuern sind Haushaltsausgleiche nicht mehr zu erreichen, da weitere Aufwandsreduzierungen aufgrund der bereits erfolgten (ständigen) Sparmaßnahmen und -bemühungen der vergangenen Jahre unmöglich sind.

Nachfolgend sind die jährlichen Veränderungen einiger wesentlicher Finanzdaten für die Gemeinde Bestwig grafisch dargestellt:



6. Konsolidierungsmaßnahmen

Auch wenn das Haushaltssicherungskonzept in die Zukunft gerichtet ist, soll hier erneut kurz aufgezeigt werden, welche wesentlichen Maßnahmen schon vor Aufstellung des Haushaltssicherungskonzeptes ergriffen wurden. Nur so können die Fortsetzung der bisherigen Sparmaßnahmen und die zukünftigen Sparbemühungen richtig eingeordnet werden.

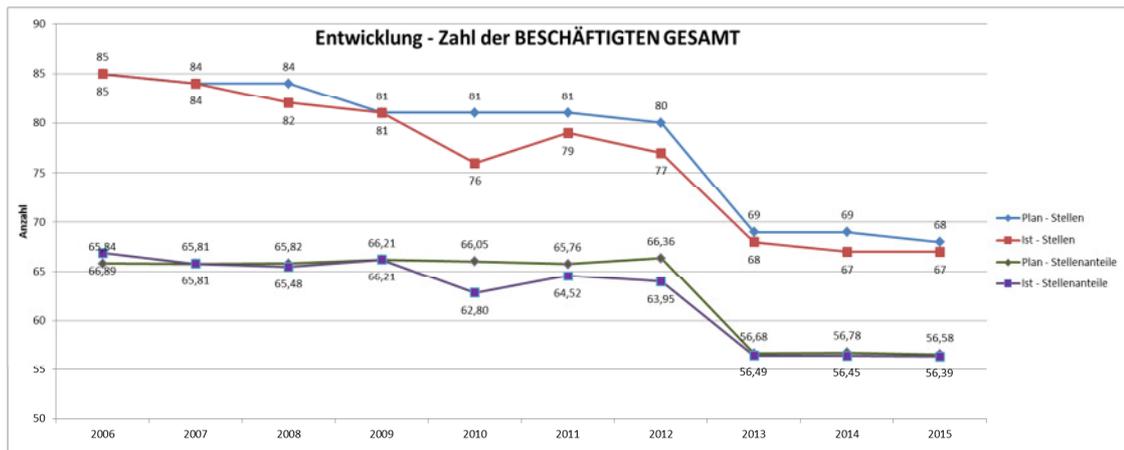
- Personal / Verwaltungsorganisation

- Verzicht auf einen Beigeordneten.
- Die Anzahl der Abteilungen innerhalb der Gemeindeverwaltung wurden bereits 2003 auf 3 Abteilungen reduziert. Daneben besteht nur die Touristische Arbeitsgemeinschaft „Rund um den Hennesee“ (öffentlich - rechtliche Vereinbarung mit der Kreis- und Hochschulstadt Meschede).

Darüber hinaus erfolgt ständig eine restriktive Praxis bei der Besetzung frei werdender Stellen.

Die GPA hat im Rahmen ihrer Prüfung in 2011 hierzu folgendes vermerkt:
„Im Bereich der Personalprüfung erreicht Bestwig günstige Kennzahlenwerte. Damit bestätigt sich die gute Organisationsstruktur der Verwaltung, die wir bereits anlässlich der vorausgegangenen Prüfung festgestellt haben“.

- Übertragung der Aufgaben der Trinkwasserversorgung und der Betriebsführung für das Abwasserwerk auf die Hochsauerlandwasser GmbH, Meschede (2006).
- Vorrangig hausinterne Umorganisation bzw. Besetzung frei werdender Stellen. Dadurch Möglichkeiten zur Übernahme von Auszubildenden.
- Ausbildung nur im Rahmen des erkennbaren zukünftigen Personalbedarfs.
- Verzicht auf die Neubesetzung der Stelle „Telefonzentrale“ (2010). Verzicht auf die Beschäftigung von Friedhofswärtern (Pflege durch Bauhof).
- Verzicht auf die Beschäftigung von Hausmeistern in gemeindlichen Unterkünften (Asylunterkunft, Gemeindewohnheim).
- Betriebsübergang des einzigen kommunalen Kindergartens in Ramsbeck an die Kath. Kita gemGmbH. Die Beschäftigten sind auf den neuen Träger übergegangen (2012).
- Befristete Einstellung bzw. Personalgestellung durch Dritte für vorübergehenden Personalbedarf.



- Verringerung der Vertreter im Rat von 32 möglichen Vertretern auf 28 (2008).
- Ständige Prüfung von umsetzbaren Möglichkeiten der „Interkommunalen Zusammenarbeit“.
Bisherige Bereiche: Tourismus, Feuerschutz, Straßenverkehrsbehörde, Energie und Netze, Pressestelle, Schulwesen (Förderschule, Sekundarschule)
- Beitritt zur Beihilfeumlagegemeinschaft.
- Eingeschränkter Badebetrieb im Schwimmbad (Lehrschwimmbecken) Ramsbeck (2006).
- Aufgabe eines Gemeindewohnheims.
- Einsparungen durch Neuausschreibung von Reinigungsleistungen und Reduzierung der Reinigungshäufigkeiten.
- Vermietung von Dachflächen gemeindlicher Gebäude für Photovoltaikanlagen.
- Einsparungen durch ständige Überprüfung der Versicherungsverträge.
- Regelmäßige Prüfung und Anpassung von Telekommunikationsverträgen.
- Pauschale Kürzung bei den Sach- und Dienstleistungen.
- Ständige Anpassung der Verwaltungsgebührensatzung.
- Anpassung der Benutzungs- und Entgeltordnung für die örtliche Begegnungsstätte Bürger- und Rathaus Bestwig.
- Reduzierung der Beschaffung und Verwaltung von Fachliteratur. Nutzung Online-Portale.

- Beteiligung der Vereine an der Pflege und Unterhaltung von Sportplätzen.
- Erhöhung der Beiträge nach KAG.
- Anhebung der Hebesätze der Grundsteuer A und B sowie der Gewerbesteuer auf den 1,1-fachen Wert der Fiktivhebesätze nach dem GFG (2012).
- Erlass einer neuen Vergnügungssteuersatzung und Anpassung (Erhöhung) der Steuersätze.

6.1 Umsetzung bisheriger Konsolidierungsmaßnahmen aus dem Haushaltssicherungskonzept 2015 bis 2025 und der Ersten Fortschreibung (2016)

Der Stand der Umsetzung und der Fortschreibung der bisherigen Konsolidierungsmaßnahmen aus dem Haushaltssicherungskonzept 2015 bis 2025 und der Ersten Fortschreibung (2016) ergibt sich aus der als Anlage 4 beigefügten tabellarischen Darstellung. Die Höhe der Konsolidierungsbeiträge bezieht sich dabei jeweils auf die Planungsdaten.

Bis auf weiteres sind die Handlungsvorgaben und Feststellungen aus dem Haushaltssicherungskonzept 2015 bis 2025 und der Ersten Fortschreibung auch in den zukünftigen Fortschreibungen bei der Umsetzung der Konsolidierungsmaßnahmen zu berücksichtigen.

6.2 Neue Maßnahmen zur Konsolidierung des Haushalts

In den vergangenen Jahren wurden sehr viele Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung angestoßen bzw. realisiert. Unabhängig davon wurden im Rahmen der Haushaltsplanungen für das Haushaltsjahr 2017 alle Haushaltspositionen wieder einer kritischen Wertung unterzogen.

Folgende Konsolidierungsmaßnahmen werden in dieser Zweiten Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes der Gemeinde Bestwig neu aufgenommen:

(Daneben bleibt es jedoch auch bei der Umsetzung begonnener Maßnahmen.)

Maßnahme-Nr.	Maßnahme (Sachkonto)	Auswirkung pro Jahr
0101 -01	Verzicht auf zusätzliche Aufwandsentschädigung für Ausschussvorsitzende	12.714 €
0106-03	Weitere Reduzierung von Aufwendungen für Bekanntmachungen -Neuregelung in der Hauptsatzung Konsolidierungsbeitrag ab 2017 jährlich	1.000 €

0107-01	Reduzierung des Personalkostenzuschusses für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit -Änderung des Personalgestellungsvertrages Konsolidierungsbeitrag ab 2017 jährlich	6.900 €
0112-01	Anpassung/Reduzierung der Öffnungszeiten der öffentlichen Toilette im Bahnhofsgebäude (dadurch Einsparung Reinigung und Bewirtschaftung) bzw. Erhöhung der Benutzungsentgelte Konsolidierungsbeitrag ab 2017 jährlich	2.500 €
0804-03	Schließung der Schwimmhalle (Lehrschwimmbecken) Ramsbeck -Beschluss des Rates vom 16.12.2015 Konsolidierungsbeitrag: -Bewirtschaftungskosten ab 2017 jährlich -Personalkosteneinsparung / Berechnung erfolgt ab 2018	12.000 €
1003-01	Denkmalschutz Streichung des Gemeindeanteils für kleinere Denkmalpflegemaßnahmen Konsolidierungsbeitrag ab 2017 jährlich	10.000 €
9900-03/1	Personalkosten Einsparung einer Schulhausmeisterstelle durch Neustrukturierung der Arbeitseinsätze der Hausmeister/Schulhausmeister Konsolidierungsbeitrag ab 2017 jährlich	49.000

6.3 Gesamtergebnis der Konsolidierungsmaßnahmen

Eine tabellarische Gesamtübersicht der Konsolidierungsmaßnahmen ist als Anlage 4 beigelegt.

Durch die Zweite Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes der Gemeinde Bestwig ergeben sich folgende jährliche Konsolidierungsbeiträge:

(2015	= 266.680 €)
2016	= 334.480 €
2017	= 442.594 €
2018	= 442.594 €
2019	= 432.594 €
2020	= 432.594 €
dauerhaft	= 432.594 €

7. Kontroll- und Informationssystem

Die Umsetzung der Konsolidierungsmaßnahmen sowie die ständige Prüfung von Optimierungsmöglichkeiten können nicht allein in der Verantwortung der Verwaltung erfolgen. Der Politik kommt hier eine entscheidende Rolle dahingehend zu, durch erforderliche Beschlüsse dauerhaft zu einer Haushaltssanierung beizutragen. Neben der Information des Rates im Rahmen eines jährlichen Finanzzwischenberichtes ist eine ständige Information des bestehenden Haushaltsbegleitgremiums erforderlich. Das Haushaltsbegleitgremium ist zeitnah und regelmäßig über Veränderungen der laufenden und zukünftigen Finanzdaten zu informieren.

Die Abteilungsleiter/-in und Budgetverantwortliche/-n sind aufgefordert, alle Produkte/Budgets regelmäßig zu kontrollieren und zur Information der politischen Gremien maßgebliche Änderungen sofort dem Bürgermeister oder Kämmerer mitzuteilen.

Ergebnisse der Prüfungen durch die Gemeindeprüfungsanstalt bzw. im Rahmen der jährlichen Jahresabschlüsse sind durch Politik und Verwaltung auf der Basis von verschiedensten Kennzahlen (z.B. NKF-Kennzahlenset) mit anderen Kommunen zu vergleichen.

8. Schlussbetrachtung

Durch diese Zweite Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes 2015 bis 2025 kann der Haushaltsausgleich erneut im Jahr 2025 auf Grund der derzeit bestehenden Rechtslage nach § 76 Abs. 2 GO NRW, insbesondere wegen des max. 10-jährigen Konsolidierungszeitraums und der möglichen Wachstumsraten bzw. Orientierungsdaten, dargestellt werden. Über diesen Zeitraum sind jedoch Unsicherheiten im Bereich der Planungen vorhanden. Wachstumsraten und Orientierungsdaten sind daher jährlich den örtlichen Verhältnissen anzupassen. Nicht vorhersehbare Ereignisse, neue gesetzliche Aufgaben, schlechte konjunkturelle Entwicklungen oder geringere Erträge im Rahmen des Kommunalen Finanzausgleichs werden über den langen Konsolidierungszeitraum bis zum Jahr 2025 nicht nur neue Sparanforderungen an Rat und Verwaltung stellen, sondern es werden dann auch deutliche Verbesserungen der Ertrags-/Einnahmepositionen erforderlich.

Für die Gemeinde Bestwig selbst besteht nach derzeitigen Erkenntnissen dabei nur die Möglichkeit, weitere finanziell negative Auswirkungen, durch höhere Erträge/Einnahmen, d.h. durch Erhöhung der Gebühren, Beiträge und der Realsteuern der Gemeinde Bestwig auszugleichen. Sparmaßnahmen bei den Aufwandspositionen sind weitestgehend erschöpft.

Denn bei allen Sparbemühungen muss aber auch eine kontinuierliche Weiterentwicklung der Gemeinde gegeben sein. Gewisse Mindeststandards bei Infrastruktureinrichtungen, Kultur-, Bildungs- und Freizeitangeboten müssen erhalten bleiben. Beschlüsse zu einzelnen Sparmaßnahmen dürfen nicht dazu führen, dass die für eine Kommune dringend erforderliche und nicht zu unterschätzende ehrenamtliche Tätigkeit verhindert wird. Sämtliche freiwillige Leistungen als auch die Standards in allen Bereichen sind daher kritisch zu betrachten.

Alle weiteren Maßnahmen werden unvermeidbare Einschnitte für die Verwaltung sowie für die Bürgerinnen und Bürger der Gemeinde Bestwig darstellen.

9. Anlagen

- Anlage 1 Berechnung der Wachstumsraten
- Anlage 2 10-Jahresplanung gemäß § 76 Abs. 2 GO NRW
- Anlage 3 Aufstellung Freiwillige/anteilig Freiwillige Aufwendungen
- Anlage 4 Gesamtübersicht Konsolidierungsmaßnahmen